

## **Namensartikel des Sächsischen Staatsministers des Innern Markus Ulbig für die Zeitschrift „PublicGovernance“ zum Thema Demografie**

### **Sachsen – ein Bundesland stellt sich dem demografischen Wandel**

In diesem Jahr feiert Deutschland den 25. Jahrestag des Mauerfalls. Am 3. Oktober 1989 begann das Ende der DDR, die ostdeutschen Länder wurden Teil der demokratischen und föderalen Bundesrepublik Deutschland.

In Sachsen blicken wir heute auf 25 erfolgreiche Jahre zurück, die geprägt waren von Freiheit, Innovation und politische Kontinuität, in denen sich demokratischer Diskurs, Pluralismus und Meinungsfreiheit etabliert haben. Die hohe Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat hat dazu geführt, dass sie sich wieder einbringen und mitgestalten wollen. Die Wirtschaft wächst.

Sachsen hat heute einen breiten und weitgehend gesunden Mittelstand. Das sind über 224.000 Selbstständige, das sind rund 60.000 Handwerker, das sind 14,5 Betriebe auf 1.000 Einwohner – mehr als im Bundesschnitt mit 12,2 Betrieben pro 1.000 Einwohner. Insgesamt wirtschaften im Freistaat inzwischen mehr als 168.000 Unternehmen.

Dieser positiven politischen und wirtschaftlichen Entwicklung entgegen steht die demografische Entwicklung. Im Jahr 1990 lebten in Sachsen noch mehr als 4,9 Millionen Menschen. Heute sind es ca. 4,1 Millionen. 2020 werden es voraussichtlich nur noch 3,9 Millionen sein. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung, während die Geburtenzahlen mit Ausnahme unserer wachsenden und vergleichsweise jungen Großstädte Dresden und Leipzig auf niedrigem Niveau stagnieren.

Die Folgen sind vielfältig: Verschiebungen im Stand-Land-Gefüge, veränderte Wohnungsmärkte, neue Anforderungen an Bürokratie und Infrastruktur (die ursprünglich für mehr Menschen ausgelegt waren) sowie Kommunen, die vor allem finanziell neue Wege gehen müssen.

### **1. Zuwanderung als Chance für den Fachkräftemangel begreifen**

Besonders für unsere dynamische und wachstumsorientierte Wirtschaft ist die demografische Entwicklung eine große Herausforderung. Denn für viele Unternehmen wird es zunehmend schwierig, geeignete Fachkräfte zu finden.

Deshalb ist hier weitsichtige Politik besonders gefragt. Schon 2011 fehlten in Sachsen 11.000 Fachkräfte, wodurch über 20 Prozent der in Frage kommenden

Stellen nicht besetzt werden konnte. Bereits mit dem Koalitionsvertrag von 2009 war uns klar, dass im Jahr 2014 mehr Menschen aus dem Berufsleben ausscheiden als neu hinzukommen würden.

Nun schreiben wir das Jahr 2014 – Deutschland hat sich verändert. In einigen Branchen kann der regionale Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Unternehmen schon lange nicht mehr erfüllen und der nationale Arbeitsmarkt ist für einige spezielle, vor allem naturwissenschaftliche Qualifikationen zu eng. Da helfen Weiterbildungen nur bedingt, denn nicht jeder Hochschulabsolvent kann zum Arzt weitergebildet werden. Nicht jeder Facharbeiter hat das Zeug zum Ingenieur.

Die Politik muss darauf Antworten geben. Dabei kommt es vor allem darauf an, den Demografischen Wandel nicht nur als Problem, sondern als Chance und als Motor von Entwicklung zu sehen sowie zu erkennen, dass der Fachkräftemangel in der Wirtschaft durch Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland gelöst werden kann.

Das haben wir in Sachsen getan und seit 2009 mit unserer Politik „Klugen Köpfen Türen geöffnet“. Vor allem aufgrund sächsischer Bestrebungen wurden rechtliche Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen (auch für nicht-EU-Ausländer) deutlich erleichtert. Auf sächsische Initiative hin hat der Bund die Vorgaben der EU zur Blue Card als Blue Card „Plus“ umgesetzt.

Qualifizierte Ausländer haben jetzt bessere Möglichkeiten der Arbeitssuche und ausländische Studenten können nun leichter über Praktika und Nebenjobs einen Weg in den regionalen Arbeitsmarkt finden.

Aber nicht nur an den rechtlichen Voraussetzungen haben wir gearbeitet. Damit Fachkräfte aus dem Ausland zu uns kommen und hier bleiben wollen, müssen sie sich in Sachsen wohlfühlen und das Gefühl haben, willkommen zu sein.

Unsere Ämter sind oft der erster Kontakt der Migranten mit Deutschland. Sie bestimmen also maßgeblich, wie schnell sich ein Migrant hier zurecht findet. Auch an dieser Stelle haben wir deshalb angesetzt und eine Willkommenskultur in der Verwaltung etabliert.

Im Jahr 2010 startete dafür das sächsische Zuwanderungsprojekt AKZESS. Es verbessert die Verfahren zur Vergabe von Aufenthaltstitel und Arbeitserlaubnis in vielen Punkten. Bereits nach vier Wochen ist über die jeweiligen Fälle entschieden. Darüber hinaus haben wir unter [www.zuwanderung.sachsen.de](http://www.zuwanderung.sachsen.de) einen interaktiven Behördenwegweiser für Interessierte erstellt und unsere Mitarbeiter speziell für die Vergabe von Blue Cards trainiert.

Heute bieten wir in Sachsen an den Standorten Chemnitz, Dresden, Freiberg und Leipzig diesen Service für Arbeitsmigration an – mit Erfolg: Laut einer ersten Evaluation konnten bis Mitte 2013 insgesamt über 3.500 Aufenthaltstitel sowie allein im ersten Halbjahr 2013 rund 800 Blue Cards und Aufenthaltserlaubnisse für Forscher sowie qualifizierte Beschäftigte erteilt werden – damit nimmt Sachsen eine führende Position im ostdeutschen Vergleich ein!

## **2. Auswirkungen auf innere Sicherheit und Polizei**

Der Demografische Wandel betrifft natürlich auch innere Sicherheit und Polizei. Polizeiliche Strukturen müssen an die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst werden. Wo weniger Menschen leben, können nicht genauso viele Polizisten zum Einsatz kommen wie vor 20 Jahren.

Aus diesem Grund haben wir 2013 mit der Umsetzung unserer Polizeireform „Polizei.Sachsen.2020“ begonnen und so Organisation und Strukturen optimiert. Unser wichtigstes Ziel: Die Polizei muss künftig noch flexibler einsatzbereit und weiterhin dort sein, wo die Menschen sie brauchen.

Gleichzeitig bildet die Polizeireform den Rahmen für die Verjüngung der sächsischen Landespolizei. Jedes Jahr werden über einen Einstellungskorridor 300 junge Polizeianwärter eingestellt. Im Mai 2014 haben wir zudem eine neue Nachwuchskampagne unter dem Slogan „Verdächtig gute Jobs“ gestartet. Um den Kampf um die besten Köpfe kommt auch die Polizei nicht herum.

Unser nächster Schritt ist eine erste Evaluation unserer Reform, die vor kurzem angelaufen ist. Solche Evaluationen sind wichtig, denn eine weitsichtige demografische Politik ist immer auch eine Politik, die sich anpassen und gegebenenfalls neue Impulse setzen muss.

## **3. Kommunale Strukturen und ländlicher Raum im demografischen Wandel**

Dieser Grundsatz hat auch für die Entwicklung unserer kommunalen Strukturen eine große Rolle gespielt. Denn eine der problematischsten Erblast aus 50 Jahren SED-Diktatur war die extrem kleinteilige kommunale Gebietsstruktur mit 48 Landkreisen und 1.632 Gemeinden auf einer Fläche von 18.400 km<sup>2</sup> mit einer schrumpfenden Bevölkerung – ein bürokratisches Monstrum.

Heute gibt es in Sachsen nur noch 10 Landkreise und kreisfreie Städte sowie 432 Gemeinden. Dahin zu kommen hat natürlich viele Anstrengungen erfordert. Mancherorts gab es heftigen Widerstand. Dennoch haben die politischen

Verantwortungsträger nicht gezögert und Sachsens Verwaltung auf allen Ebenen umgebaut.

Das Credo war klar: Gute Politik für den Bürger ist nur möglich durch effizientes Verwaltungshandeln. Zusammenschlüsse machen unsere Gemeinden zu starken Dienstleistern, sparen Kosten und schaffen Strukturen für die kommenden Jahre. Sie sorgen für mehr Professionalität und Bürgernähe in der Verwaltung.

Vor allem der ländliche Raum wird darauf weiter angewiesen sein. Hier spüren die Menschen die Auswirkungen des Demografischen Wandels am stärksten. Aber auch hier gibt es Chancen und Entwicklungspotentiale. Denn auch wenn es beim Breitband-Ausbau noch viel zu tun gibt, führt die zunehmende Vernetzung zu einer schwindenden Abhängigkeit der Menschen von den großen Ballungszentren. Kulturelle Vielfalt kann so weiter wachsen und sich gerade im ländlichen Raum mit den Traditionen vor Ort nah am Menschen entwickeln. Außerdem kann heute der Einkauf bequem von zu Hause aus erledigt werden und Soziale Netzwerke ermöglichen neue Formen gesellschaftlicher Partizipation.

Die Verwaltung wird sich darauf weiter einstellen und noch mehr als bisher zum Bürger kommen. Dazu gehören technische Innovationen wie Bürgerterminals genauso wie unser geplantes E-Government-Gesetz und besonders geschulte Verwaltungsangestellte.

### **Ausblick**

Der Demografische Wandel stellt uns alle vor große Herausforderungen. Nicht überall kann der Staat so da sein, wie es sich viele gerne wünschen. Politik lebt von Zusammenarbeit vieler – und vom Einsatz der Menschen im Land. In Zukunft wird es deshalb genauso wichtig sein wie bisher, dass sich die Menschen vor Ort engagieren, im Ehrenamt, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Sportverein oder zu Hause bei der Pflege von Angehörigen.